Sparkassen I

SVWL: Kredite boomen

Der Ton wird rauer. Sehr vehement und mit intensiver Formulierung wehrte sich der Sparkassenverband Westfalen-Lippe gegen die Niedrigzinspolitik der EZB. Aber nicht nur aus Sicht der Institute, vielmehr gibt sich der Verband zunächst als Advokat der Sparer. Liegt aber ja auch schon im Namen der Sparkassen begründet. Dabei wurden schwere verbale Geschütze aufgefahren. Die Präsidentin des Verbands, Dr. Liane Buchholz, geißelte die Enteignung der Sparer, indem man ihnen die Möglichkeit nimmt, Zinsen zu erzielen. Gleichzeitig räume man ihnen bei den einzig verbliebenen Alternativen Hindernisse in den Weg. Stichwort: Finanztransaktionssteuer – an dieser Stelle auch schon oft gescholten. Nach dieser Entladung der Wut auf Politik und Geldpolitik ging die Präsidentin des Sparkassenverbandes Westfalen-Lippe zum Tagesgeschäft über und präsentierte beeindruckende Zahlen – zumindest im Absatz – der Institute in ihrem Verband.

Wie bei nahezu alle Banken wuchsen die Einlagen der Kunden auch im Verband Westfalen-Lippe deutlich. Sie stiegen um 4,6 Prozent und knackten erstmals die Marke von 100 Milliarden Euro. Doch die Kundenkredite stiegen beinahe ebenso stark mit 4,2 Prozent auf 97,5 Milliarden Euro, sodass der Einlagenüberhang in der Summe nicht allzu groß ausfiel. Noch beeindruckender waren die Zahlen für die neu vergebenen Kredite, die um 14,4 Prozent auf 19,3 Milliarden Euro stiegen. Die neu ausgereichten Immobilienkredite stiegen sogar um mehr als 20 Prozent auf 6,3 Milliarden Euro. Allerdings dürfte der Anstieg auch zu ordentlichen Teilen insbesondere auf Volumenanstieg infolge des Preisauftriebs am Immobilienmarkt zurückgehen. Dennoch hat das stürmische Kreditwachstum nicht gereicht, einen Rückgang beim Zinsüberschuss zu verhindern: Er sank um 74 Millionen Euro auf 2,346 Milliarden Euro. Der verbesserte Provisionsüberschuss konnte das nicht vollständig ausgleichen. Es war eigentlich die Quintessenz der Veranstaltung: Kredite werden immer mehr nachgefragt, obwohl allerorten die Liquidität steigt und steigt.

Bemerkenswert sind daher auch die Zahlen zur Überschussliquidität der Institute bei der Zentralbank. Um den Faktor 21 hat sich diese – auch wenn der Überhang 2019 sich im Rahmen hielt – bei den Instituten des Verbands kumuliert seit Januar 2015 auf 5,4 Milliarden Euro erhöht. Das kostet die Sparkassen natürlich viel, da sie bei der Europäischen Zentralbank geparkt werden muss. Es sind ja schon erste Spekulationen zu hören, dass Christine Lagarde darüber nachdenke, die Zinsen weiter zu senken, um die Auswirkungen des Coronavirus abzufedern. Diese Auswirkungen könnten durchaus dramatische Züge annehmen. Wie das Handelsblatt berichtet, ist der chinesische Automarkt in der ersten Februarhälfte um 92 Prozent eingebrochen. Gerade für die deutsche Wirtschaft sind das keine guten Nachrichten.

Auf die Nachfrage, ob die Sparkassen auf eine weitere Zinssenkung vorbereitet wären, hatte Liane Buchholz auch keine Antwort parat. „Wie soll man sich auf weiter sinkende Zinsen schon vorbereiten?“ Zehn Basispunkte, rechnet sie vor, würden die Institute des Verbandes nochmal über 100 Millionen Euro pro Jahr kosten. Da wird einfach die Last größer. Was sie aber klar ausgeschlossen hat, ist, dass die Abwärtsspirale irgendwann zu negativen Kreditzinsen führen werden. Das verzwickte an der Situation: Sollten die Auswirkungen der Epidemie auf die Weltwirtschaft tatsächlich extrem Züge annehmen, dann kommt des Ergebnis der Institute auch noch von einer anderen Seite unter Druck: Die Risikovorsorge wird dann auch steigen müssen.

Sparkassen II

Baden-Württemberg trotzt Rahmenbedingungen

Sparkassen sehen sich bekanntlich als die Anwälte der deutschen Sparer. Da war es schon ein Schock, als Mario Draghi mit seinem „Abschiedsgeschenk“ die Zinsen im vergangenen Herbst noch weiter senkte und gleichzeitig das Anleihekaufprogramm wiederaufnahm. Denn eigentlich waren viele im öffentlich-rechtlichen Lager eher von einer langsamen Normalisierung der Zinsen ausgegawngen. Entsprechend deutlich machen die Verantwortlichen der Verbände dieser Tage auf den verschiedenen Pressekonferenzen Front gegen die Fortführung der EZB-Politik unter Draghis Nachfolgerin Christine Lagarde. „Mit Nachhaltigkeit, die der EZB angeblich so wichtig ist, hat diese

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Geldpolitik gar nichts zu tun“, wettert beispielsweise Peter Schneider, Präsident des Sparkassenverbandes Baden-Württemberg. Denn es würden die Risiken auf die nächste Generation abgewälzt, die dann vor einem riesigen Schuldenberg stehe.

Das ist die eine Seite. Die andere ist die Bedrohung der Zukunft der Sparkassen selbst. Denn sollten diese Rahmenbedingungen noch einige Jahre gelten, würde das erprobte Geschäftsmodell, Einlagen von den Kunden einzusammeln und diese im Geschäftsgebiet in Form von Krediten auszureichen, vermutlich doch erheblich stärker angepasst werden müssen, als man sich dies noch vor einigen Monaten vorstellen wollte. Sollten die Sparkassen weiterhin von Verwahrentgelten für die Breite der Kunden absehen, während Wettbewerber mehr und mehr zu dieser Praxis übergehen, wird sich der Mittelzufluss sicherlich weiterhin schneller erhöhen, als die Kreditzusagen. Laut einer Umfrage von biallo.de erheben mittlerweile fast zweihundert Banken und Sparkassen solche Verwahrentgelte. Damit hat sich die Zahl der Institute mit derlei Abwehrmaßnahmen seit dem Juli 2019 mehr als verdoppelt.

Schneider betont zwar, dass Kunden mit Einlagen unter 100 000 Euro nichts zu befürchten hätten, weiß aber auch um die Gefahren, wenn die Institute mit neuen Geldern geflutet werden. Trotzdem will er eine Weitergabe der Zinsbelastung nur bei großen Vermögen. Bei den 51 Sparkassen in Baden-Württemberg haben sich die Kundeneinlagen seit 2015 um mehr als 20 Milliarden Euro auf 147,3 Milliarden Euro zum Ende des Geschäftsjahres 2019 erhöht. Drei Viertel davon entfallen auf Privatpersonen, wo die Weitergabe der Negativzinsen unter den bisherigen Vorgaben eher schwieriger wird. Noch wächst das zugesagte Kreditvolumen der baden-württembergischen Institute entsprechend mit: Während die Einlagen um 6,6 Milliarden Euro zulegten, stiegen die Kundenkredite um 5,9 Milliarden auf den neuen Rekordwert von 136,3 Milliarden Euro. Das ist durchaus immer noch eine komfortable Situation. Doch die schwierigeren Zeiten kommen erst noch, das weiß auch Schneider: „Trotz der hohen Dynamik in dem stark umkämpften Markt der Unternehmenskredite verkennen wir nicht, dass die baden-württembergische Wirtschaft angesichts der Industrierezession 2019 und der strukturellen Fragen in der Automobilindustrie vor großen Herausforderungen steht.“

Bei seinen Sparkassen hat der Druck auf die Ertragslage im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Die Cost Income Ratio ist auf 64,4 Prozent gestiegen, den höchsten Wert der vergangenen fünf Jahre, das Betriebsergebnis vor Bewertung ist auf 1,56 Milliarden Euro oder 0,78 Prozent der durchschnittlichen Bilanzsumme gesunken. Zwar konnte der Rückgang des Zinsüberschusses (3,17 nach 3,22 Milliarden Euro) vollständig durch eine Steigerung des Provisionsüberschusses (1,23 nach 1,18 Milliarden Euro) aufgefangen werden, allerdings stiegen die Kosten absolut (2,85 nach 2,78 Milliarden Euro) an, auch wenn sie gemessen an der Durchschnittsbilanzsumme mit 1,42 Prozent erstmals wieder unter den Wert von 2012 zurückgingen. Zudem wurde das Ergebnis zum ersten Mal seit 2013 wieder durch Kreditabschreibungen in Höhe von 39 Millionen Euro belastet. Zu den Konsolidierungsversuchen an der Spitze der S-Finanzgruppe sagte Schneider: „Grundsätzlich bin ich offen für alles, was eine Verbesserung bringt.“

Asset Management I

Respekt, Union Investment!

Was der Asset Manager der genossenschaftlichen Finanzgruppe an Zahlen für das vergangene Geschäftsjahr vorgelegt hat, kann sich wahrlich sehen lassen. Assets under Management – Höchstwert, und zwar sowohl bei privaten als auch bei institutionellen Anlegern. Ergebnis – Höchstwert, wenn auch mit einem Sondereffekt. Nettoabsatz – viertbester der Unternehmensgeschichte. Nachhaltige Anlagen – in sechs Jahren um 572 Prozent gesteigert. Aktiensparpläne – in drei Jahren mehr als verdoppelt. Die Union Investment geht in der Tat mit einer sehr guten Ausgangsbasis in die neue Dekade.

Doch der Reihe nach: Im „Jahr der Aktie“, wie der Vorstandsvorsitzende Hans Joachim Reinke 2019 bezeichnete, legte der Nettoabsatz um über vier Milliarden Euro auf 19,4 Milliarden Euro zu. Lediglich 2015, 2016 und 2017 war die Union erfolgreicher beim Einsammeln neuer Gelder. Hier macht sich zum einen die EZB-Geldpolitik bemerkbar, die die Bürgerinnen und Bürger quasi in das Wertpapiersparen zwingt. Wesentlicher Erfolgsgarant ist aber die enge Zusammenarbeit mit den derzeit noch

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

rund 850 Volksbanken und Raiffeisenbanken, über die der Vertrieb ausschließlich erfolgt. Und selbst Diskussionen um einen Rückzug aus der Fläche und Filialschließungen sorgen für keinen Abbruch, da dieser über Online- und Multikanalvertrieb überkompensiert wird. Wie groß der Erfolg der Union einzuordnen ist, zeigt sich nicht zuletzt daran, dass mit 8,1 Milliarden Euro fast die Hälfte des gesamten Mittelaufkommens in Publikumsfonds aller BVI-Mitglieder auf die Fondsgesellschaft der Kreditgenossen entfällt.

Im Geschäft mit institutionellen Kunden, bei denen Reinke nach Absage der Zinswende im Frühsommer den verstärkten Aufbau von Risikopositionen feststellen konnte, belief sich der Nettoabsatz im vergangenen Jahr auf 11,3 Milliarden Euro, wovon stolze 9,8 Milliarden Euro in Spezialfonds angelegt wurden. Stark an Bedeutung für die professionelle Kundschaft gewinnt das Thema Nachhaltigkeit. Die Auseinandersetzung mit ESG-Themen bleibe eine zentrale Aufgabe für die kommenden Jahre, so Reinke. Bereits heute greifen 56 Prozent der von der Union beobachteten Ausschreibungen zu globalen Aktien nachhaltige Aspekte auf, Tendenz steigend. Der verwaltete Bestand von nachhaltigen Anlagen steigt sprunghaft an, allein im vergangenen Jahr um fast 30 Prozent auf 53,1 Milliarden Euro. Die Verantwortlichen der Union kündigten einen weiteren Ausbau der nachhaltigen Produktpalette an. Daneben wird man sich verstärkt auf den Hauptversammlungen und in den Gesprächen mit den Unternehmen für mehr Nachhaltigkeit einsetzen, so Union-Vorstandsmitglied Jens Wilhelm. Somit scheint die passive Strategie der Bundesregierung, den Hebel Finanzdienstleister im Kampf gegen die Klimaerwärmung zu nutzen, zu fruchten.

Dank den Mittelzuflüssen und der guten Performance der Märkte stiegen die Assets under Management im institutionellen Geschäft um 20 Milliarden Euro auf 207,8 Milliarden Euro und überschritten damit erstmals die 200-Milliarden-Euro-Marke. Insgesamt erreichte das von der Union verwaltete Vermögen den neuen Rekordwert von 368,2 Milliarden Euro nach 323,4 Milliarden Euro im Vorjahr. Über 45 Milliarden Euro davon entfielen auf die 5,2 Millionen Sparverträge, vor allem Riesterverträge, aber auch zunehmend Aktienfonds-Sparpläne, deren Zahl sich in drei Jahren auf 1,1 Millionen Verträge verdoppelt hat.

Dank der gestiegenen Assets under Management und der guten Positionierung in den derzeitigen Wachstumsfeldern Aktien-, Misch- und Immobilienfonds steht für 2019 das Rekordergebnis von 650 Millionen Euro zu Buche. Und selbst wenn man den Einmaleffekt aus dem Verkauf der polnischen Tochter in Höhe von 73 Millionen Euro herausrechnet, ist der Anstieg gegenüber dem Vorjahr, in dem 502 Millionen Euro erwirtschaftet wurden, beeindruckend. Wohl dem, der solche eine Tochter oder solch eine Enkelin hat. Hans Joachim Reinke sprach von der vergangenen Dekade als Jahrzehnt der Genossenschaften und des genossenschaftlichen Fondsgeschäfts. Warum sollte das nicht auch für die nächsten zehn Jahre gelten?

Asset Management II

Fondsbranche wächst

„Eine Hausse stirbt selten den Alterstod, sondern wird meist von der Zinspolitik umgebracht“, zitiert Tobias Pross, CEO bei Allianz Global Investors und Präsident des Vorstands des Branchenverbands BVI, eine alte Börsenweisheit gleich zu Beginn der Jahrespressekonferenz des Verbandes. Insofern ist es natürlich kein Wunder, dass er auch über eines der besten Jahre für die globalen Aktienmärkte in der Börsengeschichte berichten konnte. Die Geldpolitik ist in Europa, aber derzeit auch in den USA, noch Lichtjahre davon entfernt, den Märkten den Geldhahn zuzudrehen.

Das hat sich auch in den Zahlen der Fondsbranche niedergeschlagen. Die Assets under Management sind von 2,955 Billionen Euro auf 3,398 Billionen Euro gestiegen. Das entspricht einem Anstieg um 443 Milliarden Euro beziehungsweise 14,99 Prozent. Allerdings gehen nur 120 Milliarden davon auf Mittelzuflüsse zurück und der Rest auf Preissteigerungen. Beim Nettomittelaufkommen war das Bild zweigeteilt. Die Spezialfonds verzeichneten einen Zufluss von 102,7 Milliarden Euro, eine Verbesserung um 7,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreswert. Es ist zudem der zweitgrößte Zufluss in diesem Jahrtausend. Bei den offenen Publikumsfonds sammelten die Fondsgesellschaften 17,5 Milliarden Euro neuer Gelder ein. Das war allerdings ein Rückgang um fünf Milliarden Euro oder 22,22 Prozent.

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Stolz hat der Verband auch darauf hingewiesen, dass sich in den vergangenen zehn Jahren das Nettovermögen fast verdoppelt hat. Wenn man die Mandate und geschlossenen Fonds außen vor lässt, haben die offenen Fonds seit Ende 2009 von 1,381 Billion Euro auf 2,991 Billion Euro zugelegt. Das entspricht sogar einer Steigerung von gut 116 Prozent. Von der Zunahme um 1,61 Billionen Euro gehen 1,135 Billionen Euro auf die kumulierten Nettomittelzuflüsse zurück. Das ist erfreulich für die Branche.

„Endlich setzt der Sparer auf die richtigen Pferde", wollte Pross dann auch schon fast sagen. Doch man ahnt es schon, kurz darauf folgte ein „Aber!". Pross relativierte schnell, dass ein Großteil der Gelder weiterhin in renditeschwache Anlagen fließt. Als Beleg dienen ihm Zahlen der Bundesbank, wonach pro Quartal zehn Milliarden Euro in Aktien und Investmentanteile fließen, aber allein im dritten Quartal flossen 26 Milliarden Euro in Bargeld und Einlagen. Daher ist einer der wichtigsten Punkte auf der Agenda der Verbandsarbeit für 2020 die private Altersvorsorge, die in Zeiten des nicht mehr vorhandenen Zinses am besten über den Aktienmarkt – oder Immobilien – funktioniert.

Dass noch viel Potenzial in diesem Thema liegt, zeigen auch die Bestandszahlen. Von den 1,116 Billionen Euro, die Ende 2019 in offenen Publikumsfonds angelegt waren, sind nur 246 Milliarden beziehungsweise 22 Prozent für die Altersvorsorge investiert, insbesondere in fondsgebundenen Lebensversicherungen und Riester-Sparplänen. Bei den offenen Spezialfonds ist die Quote mit 59 Prozent schon deutlich höher. Das größte Aufholpotenzial besteht also in der privaten Altersvorsorge.

Beim Thema Riester-Rente hat der BVI daher konkrete Vorschläge in Form eines 5-Punkte-Plans unterbreitet, um das Produkt zu reformieren. Dabei ist die Akzeptanz nicht so schlecht wie der Ruf: So haben 44 Prozent der Förderberechtigten einen Riester-Vertrag. Um eine höhere Verbreitung zu erreichen, schlägt der BVI vor, einfache Standardprodukte ohne komplizierte Wahlmöglichkeiten zu schaffen, ein einfaches Fördermodell – jeder gesparte Euro soll mit 50 Cent gefördert werden –, eine Öffnung der geförderten privaten Altersvorsorge für alle, eine Lockerung der Bestandsgarantie und ein vereinfachtes Zulageverfahren einzuführen. Zudem sollte die Finanztransaktionssteuer nicht eingeführt werden und die Abschaffung der vollständigen Verrechnung von Verlusten wieder rückgängig gemacht werden. Die angedachten Maßnahmen klingen alle durchdacht und zielführend. Doch was sich davon durchsetzen lässt, erscheint fraglich. Bekanntermaßen gehört die Finanzbranche nicht zu den Lieblingen im derzeitigen Finanzministerium.

Börsen

Übernahmen bleiben bestimmendes Thema

Mit frisch verlängertem Vertrag hat der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Börse Theodor Weimer am 17. Februar 2020 die Zahlen für das Geschäftsjahr 2019 präsentiert. Die Nettoerlöse steigerte das Frankfurter Unternehmen um sechs Prozent auf 2,94 Milliarden Euro. Da die operativen Kosten unterproportional um 3,0 Prozent gestiegen sind, erhöhte sich das operative Ergebnis EBITDA um 8,0 Prozent. Unter dem Strich blieb ein um Sondereffekte bereinigter Jahresüberschuss von 1,1 Milliarden Euro, was einer Steigerung von 10,3 Prozent entsprach.

Aufschlussreich ist auch der Blick auf die Segmentberichterstattung. Der Handel mit Wertpapieren, auf Xetra, in Frankfurt und auf dem Handelsplatz Tradegate ist zwar das, was die meisten Menschen als erstes mit dem Namen Deutsche Börse assoziieren, aber schon lange nicht mehr das wichtigste Segment, gemessen an Erlösen und Ergebnisbeitrag, wo die Sparte nur noch jeweils auf Rang 4 notiert. Der Anteil beträgt jeweils nur noch etwas mehr als sieben Prozent. Wichtigste Sparte ist der Finanzderivatehandel (Eurex), gefolgt vom Nachhandel (Clearstream). Selbst die noch recht junge Tochter European Energy Exchange (EEX) hat mittlerweile einen größeren Erlös- und Ergebnisanteil. Der Wertpapierhandel war– neben dem Sicherheitenmanagement (GSF) – das einzige Segment, das sowohl bei den Erlösen als auch dem Ergebnis einen Rückgang gegenüber 2018 zeigte. Ursache war das 2019 deutlich von 1,72 Billionen Euro auf 1,5 Billionen Euro eingebrochene Handelsvolumen.

Die beiden größten Segmente Eurex (plus 5,6 Prozent) und Clearstream (plus 9,5 Prozent), die zusammen für fast 60 Prozent der Erlöse stehen, zeigten hingegen Zuwächse beim ope-

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

rativen Gewinn und legten damit die Basis für das ordentliche Ergebnis der Gruppe. Spannend ist aber der Blick auf die dynamischsten Geschäftsfelder. Mit der EEX, 360T (Devisenhandel) und Investmentfund Services (IFS) haben drei Segmente ihr Ergebnis um mehr als 20 Prozent gesteigert, IFS sogar um mehr als 30 Prozent. Da dürfte vor allem auch die Übernahme des australischen Fondsdienstleisters Ausmaq im Berichtsjahr beigetragen haben. Die EEX hat auch die eine oder andere Übernahme getätigt. Im Devisenhandel wollte Weimer den Devisenhandel FXall von Refinitiv abkaufen, bis die London Stock Exchange dazwischengrätschte und gleich für den ganzen Refinitiv-Konzern ein Übernahmeangebot unterbreitete. Damit wäre auch schon das Thema genannt, das die Branche schon das ganze Berichtsjahr in Aufruhr hielt: Übernahmen. Denn das klassische Handelsgeschäft bietet kaum noch Raum für organisches Wachstum.

Das letzte größere Übernahmeangebot in der Branche kam von der Schweizer SIX Group für den spanischen Börsenbetreiber Bolsas y Mercados Españoles (BME). Verglichen mit den 2019 deutlich zurückgegangenen Handelsvolumina der Deutschen Börse, würde die SIX Group bei erfolgreicher Übernahme der BME zur Nummer zwei in Europa werden. Auch wenn der Handel wie erwähnt nur einen eher kleinen Erlösanteil hat, geht es doch um das Prestige. Dadurch ist es wohl zu erklären, dass Weimer auf der Bilanzpressekonferenz auch weitere Akquisitionen ankündigt hat, man wolle ja schließlich nicht durchgereicht werden. Die „Firepower" liegt bei gut zwei Milliarden Euro plus eigene Aktien von nochmal etwas mehr als einer Milliarde Euro.

Im Jahr 2018 wuchs der Jahresüberschuss noch um knapp 17 Prozent. 2019 waren es nur noch zehn Prozent, in der Prognose für 2020 versprach Weimer 8,5 Prozent. Der Plan, offensiv nach Übernahmen zu schauen, ist richtig, denn die Gewinndynamik lässt nach. Zwar wird der Zielkorridor des Strategieprogramms „Roadmap 2020" aller Voraussicht nach erreicht, aber eher in der Mitte als am oberen Rand. Allerdings gibt der Markt auch nicht mehr allzu viele sinnvolle Ziele für Zukäufe her. Mal sehen, ob die Deutsche Börse einen geeigneten Kandidaten findet. Denn eines hat Weimer auch klar gemacht: Es wird nicht gekauft, nur um zu kaufen. Sondern nur, wenn es einen guten Deal gibt.

Bankenpolitik

Verband wirbt für Kapitalmarktunion

Der Bundesverband Deutscher Banken (BdB) hat auf einer Pressekonferenz verdeutlicht, wie sehr ihm das Thema Kapitalmarktunion am Herzen liegt und eine Initiative zur Förderung eines einheitlichen Kapitalmarktes präsentiert. Der Zeitpunkt ist nicht zufällig gewählt. Am 1. Juli 2020 übernimmt Deutschland erstmals seit 13 Jahren wieder die Ratspräsidentschaft. Der BdB möchte daher der Politik die Dringlichkeit des Anliegens rechtzeitig klarmachen.

In Deutschland finanzieren sich die Unternehmen laut BdB zu 80 Prozent über Banken und nur zu 20 Prozent über den Kapitalmarkt. In den USA ist das Verhältnis umgekehrt. Man sollte meinen, dass die Kreditlastigkeit eigentlich im Interesse der Banken liegt, aber Hauptgeschäftsführer Dr. Christian Ossig wies darauf hin, dass es bedeute, dass immer mehr Unternehmensgründer aus Deutschland und aus Europa abwandern, weil sie hier keine Finanzierung bekommen würden. Das schwächt den Wirtschaftsstandort und ist damit auch nicht im Interesse der Banken. Doch das ist nicht der einzige Grund, warum die Kapitalmarktunion dem Bankenverband so wichtig erscheint. Ein vereinheitlichter Kapitalmarkt könne auch das Renditeproblem vieler Anleger in der Null- und Negativzinsphase mildern, sei ein wichtiger Baustein für die private Altersvorsorge und fördere die Finanzstabilität, denn ein großer, integrierter Kapitalmarkt in Europa biete mehr Möglichkeiten für Risikotransfers als EDIS, ein einheitlicher Abwicklungsfonds (SRF) oder ein European Stability Mechanism (ESM) zusammengerechnet – was der Hauptgrund für die Initiative sein dürfte.

Der Verband ist der Meinung, dass es in Deutschland und Europa an politischem Wille fehle, um das Thema mit der nötigen Stringenz anzugehen. Auch deswegen versucht er Druck aufzubauen und hat dabei gleich acht konkrete Maßnahmen vorgeschlagen. Vieles davon ist nicht neu, wie der BdB selbst einräumt. Die Forderungen lauten im Einzelnen: effizientere EU-Wertpapiermärkte, Insolvenzrecht gezielt harmonisieren, Anlegerschutz mit Augenmaß, Verbriefungsmarkt stärken, Sandboxes schaffen, Steuerbemessungsgrundlage angleichen,

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH

Finanztransaktionssteuer absagen, Umsatzbesteuerung von Finanzdienstleistern überarbeiten.

Vor allem der Agenda-Punkt „Verbriefungsmärkte stärken" ist dabei wohl der mit dem größten Eigeninteresse der Banken. Laut BdB habe der Markt unter zu scharfer EU-Regulierung gelitten. Verbriefungen werden von Politik und Regulatoren seit dem Lehman-Knall sehr misstrauisch und mit Argusaugen beobachtet. Der BdB hat recht damit, wenn er sagt, dass dabei zu wenig differenziert wird. Dennoch ist das Misstrauen auf der anderen Seite nicht wirklich verwunderlich. Ob dann dabei die Forderung des Verbandes, die Offenlegungspflichten bei privaten Verbriefungen zu reduzieren und damit die Transparenz wieder rückzubauen, taktisch das richtige Vorgehen ist, darf bezweifelt werden. Es könnte erst recht wieder die Misstrauensreflexe beim Gesetzgeber auslösen und damit das Gegenteil bewirken. Auch das Argument, dass bei privaten Verbriefungen ja nur Profis kaufen, zieht auch nicht so richtig, waren es doch gerade die Profis in der Subprime-Krise, die undurchsichtige Verbriefungen in gigantischen Volumina kauften.

Das Bemühen der BdB-Verantwortlichen ist aller Ehren wert. Doch ob es der 8-Punkte-Plan wirklich schafft, die deutsche Politik aus ihrer Lethargie zu reißen, erst recht bei Themen, die bekanntermaßen nicht oberste Priorität der Regierung genießen, ist mehr als fraglich. Dafür ist die politische Führung derzeit viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt.

Privatbanken

Hamburg gibt Antworten

Die Bürger der Freien und Hansestadt Hamburg haben bei den Bürgerschaftswahlen recht eindeutig Antwort gegeben. Die beiden ehemaligen Volksparteien CDU und SPD tun sich immer schwerer, ihre Klientel zu erreichen und zu mobilisieren und verlieren entsprechend an Prozenten. Die FDP muss für die Thüringen-Katastrophe büßen. Die AfD verliert in der Wählergunst. Und die Grünen sind getragen von der Intensität der Klimadiskussionen der ganz große Wahlsieger. Das alles zusammen schafft herrlich klare Verhältnisse.

Für diese hat auch die Hamburger Privatbank Berenberg gesorgt. In einem Streich wurden die Personaldiskussionen beendet, die Führung neu geordnet und ein Ergebnissprung um 160 Prozent verbucht. Nach dem enttäuschenden Jahr 2018, als nur durch Sondereffekte rote Zahlen vermieden werden konnten, zeigen sich 2019 wieder die Stärken der Berenberg Bank. Der Provisionsüberschuss als mit Abstand wichtigste Ertragssäule legte um 77 Millionen Euro oder knapp 28 Prozent auf 356 Millionen Euro zu. Und auch der Zinsüberschuss konnte von 53 auf 63 Millionen Euro gesteigert werden. Die Eigenkapitalrendite verdreifachte sich auf 28,6 Prozent, das Verhältnis der Kosten zu den Erträgen verbesserte sich von 88,9 Prozent auf nunmehr 79,9 Prozent. Das ist allerdings auch den strategischen Entscheidungen zur Verschlankung der Bank geschuldet. Binnen Jahresfrist sank die Anzahl der Mitarbeiter um 158 auf 1482.

Hendrik Riehmer, persönlich haftender Gesellschafter, erklärte nun den Umbau so weit als abgeschlossen und kündigte den weiteren Ausbau des Geschäfts in den vier Kernbereichen der Bank an, wofür im Kundengeschäft auch wieder neue Mitarbeiter eingestellt werden sollen. „Die Struktur der Investmentbank steht, unser Corporate Banking hat sehr erfolgreich den Wandel vom Kreditbereich hin zu einer Beratungseinheit und zum Private-Debt-Anbieter vollzogen, und nun werden wir ein besonderes Augenmerk auf den Ausbau und das Wachstum unserer qualitativ erstklassigen Wealth- und Asset-Management-Einheiten legen", so Riehmer, gegen den sich der Vorwurf des Insiderhandels nicht erhärten ließ und entsprechend die Ermittlung eingestellt wurde. Das heißt aber auch, dass sich die große Abhängigkeit von den Kapitalmärkten in den kommenden Jahren keineswegs verringern wird, was durchaus gewisse Risiken für die kontinuierliche Stabilität mit sich bringt.

Für diese hat man an der Unternehmensspitze gesorgt. Hans-Walter Peters wird sich zum Jahresende nach Erreichen der Altersgrenze von 65 Jahren zwar aus der operativen Führung verabschieden und in den Verwaltungsrat wechseln. Er bleibt der Bankführung aber weiter erhalten. Riehmer, dem gemeinsam mit Peters 26 Prozent der Bank gehören, sagte in einem Handelsblatt-Interview: „Das ist vor allem ein juristischer Schritt. De facto werden wir Berenberg weiter als Tandem weiterentwickeln."

Dieser Artikel ist urheberrechtlich geschützt. Die rechtliche Freigabe ist für den Abonnenten oder Erwerber ausschließlich zur eigenen Verwendung.
Fritz Knapp Verlag GmbH